

Der freie Schwarzwälder

Wildbader Anzeiger und Tageblatt

mit Erzähler vom Schwarzwald / Erste Tageszeitung des Oberamts Neuenbürg

Amtsblatt für Wildbad

mit amtlicher Fremdenliste

Erscheint Werktags

Telephon Nr. 41



Bezugspreis monatlich 80 Pfg. Durch die Post im Nachbarortsbereich 2.15 M. in Württemberg 2.20 M. vierteljährlich, hierzu Beleggeld 30 Pfg.

Anzeigen 12 Pfg., von auswärts 15 Pfg. die Garmondzeile oder deren Raum. Reklame 25 Pfg. die Pettizeile. Bei Inseraten, wo Auskunft in der Expedition zu erlangen ist, wird für jedes Inserat 10 Pfg. besonders berechnet. Bei Offerten 20 Pfg.

Nr. 39

Freitag, den 14. Februar 1919

36. Jahrgang.

Das Reichsministerium.

Weimar, 13. Febr. Die neue Regierung ist nunmehr folgendermaßen gebildet: Präsidium des Reichsministeriums: Scheidemann; Vertreter im Präsidium des Reichsministeriums und Reichsminister der Finanzen: Dr. Schiffer; Reichsminister des Auswärtigen: Graf von Brockdorff-Rangau; Reichsminister des Innern Dr. Preuß; Reichsarbeitsminister: Bauer; Reichswirtschaftsminister: Wissel; Reichsnahrungsminister: Robert Schmidt; Reichsjustizminister: Landsberg; Reichswehrminister: Noske; Reichskolonialminister: Dr. Veil; Reichspostminister: Giesberts; Reichsminister für Demobilisierung: Dr. Koeth; ferner drei Minister ohne Portefeuille Erzberger, Dr. David und Gothein.

Ebert und die Presse.

Weimar, 13. Febr. Reichspräsident Ebert empfing im Mittwoch im Nationaltheater die Vertreter der deutschen und deutsch-österreichischen Presse. Er führte folgendes aus:

Der erste Tag meines Amtes soll auch der Tag sein, an dem ich mit der deutschen Presse Fühlung nehme. Ich war ebenfalls Redakteur. Ich kenne aus eigener Erfahrung die Aufgaben und Pflichten, ihre Schwierigkeiten und Anstrengung. Bei mir sollen Sie jeder Unterstützung sicher sein. Ich freue mich, daß mir ein Amt zugefallen ist, unter dessen vornehmsten Aufgaben die Wahrung der völligen Pressefreiheit obenansteht. Es ist meine Aufgabe und das Erfordernis meines Amtes, mit Ihnen allen in Beziehung zu treten ohne Rücksicht auf Ihre oder meine Parteizugehörigkeit. Nicht eine Partei, sondern das ganze Volk hat mich gewählt und kann daher auch von mir verlangen, daß ich der Präsident des Volks und nicht einer Partei bin. Die große Mehrheit von Ihnen gehört ja den Parteien an und steht ihnen nahe, aus denen sich die neue Regierung bilden wird. Die anderen Herren bitte ich, in unseren Tagen nicht nur das Trennende, sondern auch das Gemeinsame sehen zu wollen und bei mir auch voranzusehen, was ich auch bei Ihnen voraussetzen will: eine tiefere Auffassung von der Pflicht zum Vaterlande. Zwei

Aufgaben hat die neue Regierung vor allen anderen: den Frieden zu sichern und die Verfassung zu schaffen. Beides muß geschehen im Zeichen der Gerechtigkeit.

Zum Arbeitsprogramm der neuen Regierung will ich heute nur eines sagen: Es ist kein Kompromißprogramm im schlechten Sinne. Alle drei Parteien, die daran gearbeitet haben, haben sich rücksichtslos auf den Boden unverfälschter und unverfälschter Demokratie gestellt. Wir können heute sagen: Die Demokratie ist für Deutschland in einem Umfang gesichert, wie für kein anderes Land. Eine vollkommene Übereinstimmung wurde aber die Art, wie die Sozialisierung anzubahnen sei, erzielt. Darnach sollen Wirtschaftszweige, die nach ihrer Art und ihrem Entwicklungsgang einen privatmonopolistischen Charakter angenommen haben, auf Reich, Staat, Gemeindeverbände und Gemeinden zu übernehmen sein. Als Wirtschaftszweige werden besonders erwähnt die Bergwerke und die Erzeugung von Kraft. Bis die Zeit zum Sozialismus reif ist, muß der soziale Gedanke alle Handlungen jeder Regierung bestimmen. Die Organe der Regierung, die mit den Herren der Presse zu tun haben, sind angewiesen, ihre Arbeit in verständnisvollstem Sinne zu leisten, die nichts zu tun hat mit Beeinflussung, sondern die geeignet ist, die Mitarbeit der Presse anzurufen. Ich würde mich freuen, wenn Sie mir darin zustimmen, daß die Freiheit der Presse, ihre Kritik, ihre Mitarbeit, ihre Anregungen, ihre Vorschläge von jeder Beschränkung entbunden sein soll, eine notwendige Voraussetzung unserer Arbeit in der Regierung bilden und uns Tag für Tag in lebendiger Zusammenhang mit der Volksmeinung und dem Volkswillen setzen muß.

Düngemittelnot und Volksernährung.

In landwirtschaftlichen und gewerblichen Kreisen erwartet man von dem Aufhören der Feindseligkeiten fast allgemein das Ende der Düngemittelnot schon für die nächste Bestellung. Diese Hoffnungen finden leider in den tatsächlichen Verhältnissen keine Stütze. Einmal liegen viele Produktionsstätten von Kali, Thomasmehl und Stidstoff im besetzten Gebiete, sodann aber verhindern die Verkehrsverhältnisse und die Arbeiterlohnforderungen ein gezieltes Arbeiten der Werke. Auf Einfuhr können wir zunächst nicht rechnen, diese wäre aber auch an sich zur

Dekung des Bedarfs nicht erforderlich, nachdem die Stidstoffgewinnung im Lande so gewaltige Fortschritte gemacht hat. Die Kolereien und Gasanlagen produzieren etwa 100 000 Tonnen schwefelsaures Ammoniak jährlich. Die neuen Anlagen zur Gewinnung synthetischen Ammoniak lassen technisch die Herstellung von 300 000 Tonnen Stidstoff zu, der je nach den vorhandenen Umwandlungsanlagen als schwefelsaures Ammoniak, Nitron-Salpeter und Ammon-Salpeter in den Handel kommt. Dazu kommt die Herstellung von Kalstidstoff in einheimischen Fabriken und die Einfuhr darin aus Standinabien und der Schweiz. Die Werte, die zum Teil vom Reiche selbst erbaut sind, sind sehr leistungsfähig und können gegenwärtig rund 100 000 Tonnen Stidstoff liefern, so daß die Gesamtproduktion an Stidstoff im Inlande bei ungestörtem Betrieb auf rund 500 000 Tonnen Stidstoff jährlich veranschlagt werden kann. Das würde etwa das Doppelte dessen bedeuten, was vor dem Krieg in Deutschland für Landwirtschaft und Industrie zusammen verbraucht wurde, so daß noch Stidstoff zur Ausfuhr vorhanden wäre. Die Erwartungen, die an die Möglichkeit der Herstellung dieser Menge für die Zeit nach dem Krieg geknüpft wurden, haben sich aber bislang nicht erfüllt. Die Werke aller drei Produktionszweige arbeiten infolge der Kohlen-, Rohstoff- und Arbeiterschwierigkeiten unter den größten Behinderungen und mußten ihren Betrieb einschränken, teilweise sogar vorübergehend völlig einstellen. So ist es gekommen, daß die zweite Hälfte des verfloffenen Wirtschaftsjahrs trotz des Fortfalls des Heeresverbrauchs kaum die Produktionsmenge des ersten Halbjahrs erbracht hat. Die Belieferung der Landwirtschaft mit Stidstoff wird sich daher eher verschlechtern als verbessern.

Noch ungünstiger liegen die Verhältnisse auf dem Phosphorsäuredüngermarkt, der zurzeit im wesentlichen durch Thomasmehl bestritten wird. Statt einer Friedensproduktion von 250 000 Waggons sind für das abgelaufene Jahr nur rund 150 000 Waggons verfügbar gewesen. Nun aber entfallen von der Thomasmehlproduktion 15 Prozent auf Luxemburg, 21 Prozent auf Thüringen, 8 Prozent auf das Saargebiet und 12 Prozent auf das linksrheinische Rheinland. Ueber die Hälfte der Produktion fällt also für das laufende Jahr fort, wozu noch kommt, daß auch die rechtsrheinischen Produktionsstätten gefährdet sind. Auch die noch arbeitenden Betriebe leiden in gleicher Weise wie die Stidstoffwerke

Ein Deutscher

Von Otto Ruppiss.

„Aber in Anbetracht des zu erwartenden Truthahns, der noch eine Weile auf sich warten lassen wird, möchte ich keine Appetitreizung vorschlagen,“ begann jetzt John, sich erhebend. „Wenn,“ fuhr er sich nach einer der Ladies wendend fort, „wenn Miß Henderson uns die Quadrille spielte, die sie nur allein in dieser Art zu spielen versteht, so tanzen wir zuerst!“

„Ich unterstütze den Antrag!“ — „und ich vereinige meine Bitten an Miß Henderson!“ Klang es von Seiten der jungen Männer; die weiblichen Gäste aber hatten sich im Fluge um die Genannte lachend versammelt, und sichtlich geschmeichelt erhob sich diese, um sich nach dem Klavier zu wenden. Reichardts Blick slog über die sich erhebenden tanzlustigen Gruppen, die nur den ersten Ton zu erwarten schienen, um das Karree zu bilden; er traf von Neuem auf Margaret, und ein Ausdruck von Aufforderung bildete ihm aus ihrem Gesichte entgegen, der alle seine Nerven in Erregung setzte; mit Macht drängte es ihn, sich den Platz an ihrer Seite zu sichern, im nächsten Augenblicke aber stand auch schon sein Entschluß, jeder Versuchung möglichst aus dem Wege zu gehen, wieder vor ihm — noch schwankte er in hartem innerem Kampfe, da tauchten die Akkorde der Einleitungsakte auf, die jungen Männer flogen den Damen entgegen, Johnson schien der bevorrechtete Bewerber um Margaret zu sein, denn keiner der Uebrigen machte auch nur einen Versuch, ihm ihre Hand freitig zu machen; fast meinte aber Reichardt, als sie ihrem Tänzer die Hand bot, einen bedauernden Blick von ihr aufzufangen.

„Sie tanzen nicht, Sir?“ rief ihm John zu, „verly well, so tu' ich es!“ und damit eilte er der einzigen noch übrigen Dame zu — Reichardt bemerkte jetzt erst, daß die Zahl der Anwesenden, wenn der junge Frost und die Klavierpielerin abgerechnet wurden, genau zu einem

Karree ausreichte, und daß er sich also jedenfalls pater einer der jungen Ladies werde anzuschließen haben. Aber waren sie denn neben Margaret nicht sämtlich ohne alles Interesse für ihn? Ihm gegenüber schien eben Johnson seinen vollen Humor in der Unterhaltung mit seiner Tänzerin sprudeln zu lassen, und das beifällige Lachen, das sich aus deren Gesicht zeigte, wollte Reichardt fast wehe tun; er wartete, ob sie den Blick nicht noch einmal nach ihm wende; aber die Quadrille begann, lustig und nur Tanzlust hingegeben tauchten die Paare durcheinander, und Reichardt fühlte mitten in der fröhlichen Umgebung plötzlich ein Gefühl von Alleinsein über sich kommen, wie es ihm nur in den trübsten Zeiten geworden war.

Am liebsten hätte er dem lustigen Gewühle gar nicht mehr zugehört und sich in eine Fenstervertiefung zurückgezogen, um mit sich allein zu sein — aber der gute Ton verlangte jetzt ein Verbeden seiner inneren Regungen; er mußte lächelnd das Auge auf den Tanzenden ruhen lassen, mußte sehen, wie Johnson seine Unterhaltung mit Margaret völlig in der leichten, sichern Weise eines bevorzugten Bekannten führte, wie seine Worte in gleicher Weise von dem in Heiterkeit strahlenden Mädchen erwidert zu werden schienen, und unwillkürlich kam ihm der Gedanke, daß Beide doch durch Stellung und Verhältnisse ein wie für einander geschaffenes Paar abgaben. — Reichardt mochte nichts mehr davon sehen; seine Augen blühten starr unter die Uebrigen, während doch keiner seiner Gedanken bei dem war, was sich ihm bot, und erst am Ende der Quadrille raffte er sich wieder zum Bewußtsein der Gegenwart auf.

„Aber, by George, Reichardt, ich denke, Sie werden nicht den ganzen Abend so steif da sitzen bleiben!“ trat John lachend an ihn heran.

„Sicher nicht,“ erwiderte der Angeredete, sich erhebend, „aber ich bin unter den Uebrigen noch ganz

fremd, und die Fühlhörner wollen erst ausgestreckt sein. Sagen Sie,“ fuhr er halbblau fort, seinen Arm vertraulich unter den des Andern schiebend und einem fast veinlichen Drange in ihm folgend, „steht nicht Mr. Johnson Ihrer Familie näher, als ich bis jetzt gewußt?“

Der junge Frost sah den Frager groß an, warf dann einen Blick hinüber, wo Johnson in eifrigem Gespräch vor Margaret und einer ihrer Freundinnen stand, und wandte dann das Auge mit einem eigentümlichen Ausdruck von Laune nach Reichardt zurück. „Ich weiß von nichts Besonderem,“ sagte er, „indessen will ich nachfragen, wenn Ihnen etwas daran liegt.“

Reichardt griff fast erschrocken nach des Andern Arm; da sah er plötzlich, wie sich Margaret mit ihrer Nachbarin erhoben hätte und in gerader Linie auf ihn loskam — er fühlte, wie ihm das Blut aus dem Gesichte wich. „Nicht wahr, Mr. Reichardt,“ sagte sie herankommend, und dem Angeredeten war es bei dem süßen Tone, der ihm entgegenklang, als fülle sich sein Herz zum Berstehen, „Sie lassen uns eine deutsche Komposition hören? der Genuß wird uns so selten, und wir müssen die Gelegenheit wahrnehmen!“

Reichardt verbeugte sich schweigend, er wußte, daß er kein Wort hätte sprechen dürfen, ohne seine Bewegung zu verraten; schon in der nächsten Sekunde aber hatte er wieder die volle Macht über sich gewonnen. „Sie haben nur zu befehlen, Miß!“ sagte er langsam aufblickend und traf auf ein Auge, das wie in fragender Befremdung auf ihm ruhte. Er hielt den Blick aus, es war ihm wie eine Art Wollust, alle überauselenden Empfindungen zurückzudrängen und nur die halbe Bitterkeit, die sich in ihm gebildet, kühlen zu lassen — es war eine Selbstqual, er wußte es, aber er fand Festigkeit darin und mit einer leichten Neigung des Kopfes wandte er sich dem Klavier zu.



hischen Neutralität, eine Grenzberichtigung zwischen Belgien und Holland, die Freiheit der Schifffahrt auf der Schelde von der Mündung bis nach Antwerpen durch die Rückerstattung der holländischen Enklave von Limburg. Der Anschluß Luxemburgs an Frankreich oder Belgien sei in Betracht zu ziehen. Der luxemburgische Staat müsse darüber entscheiden. Holland sei nach Deutschland hin zu vergrößern im Austausch gegen die Gebiete, die es Belgien wieder zurückgeben werde.

Auch die Italiener fordern.

Wien, 13. Febr. Gestern erschien der Direktor der Gemäldegalerie von Venedig im kunsthistorischen Museum und forderte die Uebergabe von 64 Bildern, von denen 37 in der Hofburg, die übrigen im Museum oder in Luxemburg sich befinden. Ein Teil der Bilder aus der Hofburg wurde sofort fortgeführt. Der Staatsnotar Dr. Schweser ließ über die Forderungen ein Protokoll aufnehmen, er erklärte, die Bilder seien Privatbesitz des Kaisers, nicht Krongut, sie könnten also nicht beschlagnahmt werden. Auch aus anderen Kunstsammlungen in Oesterreich und Ungarn sollen Kunstgegenstände nach Italien gebracht werden. Das Ministerium hat die Weisung ergehen lassen, den Italienern keinen Widerstand entgegenzusetzen, dagegen soll an die Entente-Mächte und Amerika eine Protestnote gerichtet werden.

Vorfrieden?

Paris, 12. Febr. „Journal des Debats“ erzählt, die Verbündeten beschließen, den neuen Waffenstillstand vom 17. Februar an in ein dauerndes militärisches Abkommen als ersten Akt des endgültigen Friedens zu verwandeln. Deutschland soll in seiner Wehrfähigkeit so eingeschränkt werden, daß die Verbündeten in Ruhe abstrafen können. Im Obersten Kriegsrat haben die Besprechungen darüber begonnen.

Ungeheure Soldatenräte.

Berlin, 13. Febr. Wie dem „Berl. Lokalanzeiger“ gemeldet wird, wurden in Augsburg (Posen) wegen Veruntreuung von 60.000 Mk. Staatsgeldern durch Unterschlagungen, Urkundenfälschungen und Betrug die Soldatenräte Dienemann und Graese festgenommen. Durch Bestechung der Bewachung gelang es ihnen, zu entkommen. Früher mittellos, verfügten sie jetzt über große Bankguthaben, daher muß die von ihnen gestohlene Summe bedeutend größer sein. Sie unterhielten vermutlich auch landesverräterische Beziehungen zur polnischen Rada in Augustow.

Die Forderungen der englischen Arbeiter.

London, 13. Febr. Die Arbeiterfraktion des englischen Unterhauses wird das Bedauern aussprechen, daß in der Thronrede keine endgültigen Vorschläge für die Aufbesserung der Löhne und günstiger Arbeitszeiten, was die Ursache der augenblicklichen Unzufriedenheit unter den Arbeitern sei, gemacht werden.

London, 12. Febr. Die Regierung hat den Bergwerksarbeitern eine tägliche Lohnerhöhung von einem Schilling bewilligt. Ein Ausschuß der Bergarbeiter soll die übrigen Forderungen bezüglich einer allgemeinen Erhöhung der Löhne und bezüglich der Herabminderung der Arbeitszeit prüfen.

Die amerikanische Flottenvorlage.

Washington, 12. Febr. (Neuer.) Das Repräsentantenhaus bewilligte mit 194 gegen 142 Stimmen das Flottenprogramm für 3 Jahre und nahm die gesamte Flottenvorlage an.

Reise des Königs Alfons.

Paris, 12. Febr. Wie der „Temps“ aus Madrid meldet, wird König Alfons eine Reise zum Besuche der Republik Brasilien unternehmen.

Offenburg, 13. Febr. Gestern nachmittag traf hier wieder ein Zug mit etwa 1200 Ausgewiesenen aus Straßburg ein.

Japan und China.

London, 13. Febr. Die „Times“ melden aus Peking, Japan habe China aufgefordert, der Veröffentlichung des die Schantung-Eisenbahn betreffenden Abkommens zuzustimmen, das im September v. Js. unterzeichnet wurde. China habe der Veröffentlichung zugestimmt. — Der japanische Militärattache, Generalmajor Saito, weist vorläufig in Peking, um China zur Verlängerung der sinesisch-japanischen Militärkonvention, die im Frühjahr abgeschlossen wurde, zu „bewegen“. Nach den Bestimmungen dieser Konvention läuft ihre Gültigkeit mit dem Ende des Krieges ab. General Saito ist der Ansicht, daß der Krieg erst mit der Unterzeichnung des Friedensvertrags abgeschlossen sei.

Das Regierungsprogramm.

Berlin, 13. Febr. Der „Vorwärts“ schreibt: Ein neues Volkstheater soll auf demokratischer Grundlage aufgebaut werden. Ein Institut, das das Wertvolle in der Tätigkeit der Soldatenräte mit übernimmt, ohne jedoch dadurch die Disziplin und die Leistungsfähigkeit der Truppen zu gefährden, ist vorgesehen. — Die gebundene Wirtschaft bleibt solange erhalten, bis Angebot und Nachfrage namentlich in Lebensmitteln sich ausgeglichen haben. Im übrigen soll mit aller Kraft am Wiederaufbau des Verkehrs- und Wirtschaftslebens gearbeitet werden. Daran schließen sich das bereits von Ebert mitgeteilte Erkenntnis zur Sozialisierung und die sozialen Forderungen für das gesamte Arbeitsrecht, die Arbeitslosen, die Kriegsgeschädigten und Kriegshinterbliebenen, die Beamten aller Art, die Wohnungsfürsorge, den Säuglings- und Mutterchutz, die Jugendfürsorge. In der Außenpolitik soll auf möglichst raschen Friedensschluß und auf Gründung des Völkerbunds hingearbeitet werden. Seine Kolonien und seine Kriegsgefangenen verlangt Deutschland zurück.

Deutschland und Oesterreich.

Wien, 13. Febr. Reichspräsident Ebert erklärt dem Vertreter der „N. Freien Presse“, die deutsche Regierung habe seither, um nicht den Feinden einen Vorwand zu beschaffen auf dem linken Rheinufer zu

bieten, zu dem Anschluß Oesterreichs an Deutschland geschwiegen, was in Oesterreich Beunruhigung hervorgerufen habe. Da aber Elsaß-Lothringen bereits wie französisches Gebiet behandelt werde, brauche man die Rücksicht nicht mehr zu üben. Daher habe die Regierung jetzt dem Anschluß Oesterreichs an Deutschland offen zugestimmt.

Württemberg.

(-) Stuttgart, 13. Febr. (Aus dem Verfassungsaussch.) In der heutigen Sitzung des Verfassungsausschusses wurde eine wichtige Beschlussempfehlung des Militärwesens Württemberg durch einen gemeinschaftlichen Antrag Fischer (S.), Dr. o. Hieber (D.D.P.), Walter (S.) und Bagille (B.V.) angenommen. Die würt. Truppen bilden einen Teil der Reichswehrmacht. Sie werden auf die Reichswehrgesetzgebung und die würt. Verfassung überträgt. Sie sind ein in sich geschlossener Truppenverband nach der vom Reich festzusetzenden Gliederung. Die oberste Kommando- und die Verwaltung stehen der Staatsleitung nach Maßgabe der Sonderrechte zu. Diese Bestimmung wurde mit 22 gegen 1 Stimme (U.S.P.) angenommen.

Darauf legte der Ausschuß die Beratung des Artikels 11 Absatz 1 (Privatigentum, Entschädigung bei Enteignung, fort) dem Redner der Bürgerpartei traun für volle Entschädigung bei der Enteignung ein. Ein Redner der Sozialdemokratie war nur für eine wesentliche Entschädigung. Daraufhin erklärte ein Redner der D.D.P., er und seine Freunde seien für die Annahme des Antrags Ströber für volle Entschädigung; notwendig sei die weitere Bestimmung (Antrag Reich). Die Höhe der Entschädigung wird auf Anrufen durch die ordentlichen Gerichte festgestellt. Ein Redner der Sozialdemokratie betonte die Haltung der D.D.P. in dieser Frage. Ministerpräsident Bloß (S.) sagte: Wenn man an der Weise die Erzeugnisse der Revolution zurückdrängen wollte dann werden die bürgerlichen Parteien nicht zutun. Samtliche Parteien hätten bei Ausbruch der Revolution erklärt, daß sie sich auf den Boden der geschaffenen Verhältnisse stellen wollten. Ein Redner der Bürgerpartei erklärte, dieser Weg führe an den Grund. Nichts sei gefährlicher als das fortwährende Entgegenkommen; übrigens sei der Kandidat Jovanovic und die Regierung habe sich zu fügen, sonst sei sie nicht demokratisch. Ein Redner des Zentrums wies darauf hin, daß seine Partei allerdings erklärt habe, daß sie sich auf den Boden der geschaffenen Verhältnisse stelle, aber nur zur Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung, der Sicherheit für Leben und Eigentum, um die Ernährung des Volkes zu sichern und die geordnete Demobilisierung zu ermöglichen. Damit sei aber nicht gesagt, daß man durch die und dann mit den sozialdemokratischen Forderungen gehe. Der Redner der Unabhängigen verlangte die Streichung der Worte „gegen Entschädigung“.

(-) Stuttgart, 13. Febr. (Mordprozess.) Der Mörder Ruck, der im Jahr 1913 den Fortwärt Ringle von Plattenhardt erschossen und im Sommer vorigen Jahres aus dem Zuchthaus in Ludwigsburg entflohen war, steht gegenwärtig wegen Verdachts, auch den Polizeidiener Bauer von Waldenbuch, mit dessen Tochter Ringle verlobt war, im vergangenen Sommer ermordet zu haben, vor dem Schwurgericht. Ruck gestand heute, da die Beweise erdrückend wurden, Bauer mit einem Karabiner erschossen zu haben.

(-) Waiblingen, 13. Febr. (Kampf gegen den Schleichhandel.) In zwei Bezirksorten wurden etwa 13 Zentner Fleisch von Schwarzschlachungen beschlagnahmt.

(-) Tübingen, 13. Febr. (Die theologischen Fakultäten.) Der große Senat der Universität Tübingen tritt in einer Rundgebung entschieden für die Erhaltung der beiden theologischen Fakultäten ein. Ihre Abtrennung von dem Universitätskörper würde ihre Bedeutung bedeuten und die schwäbische Kultur an einer der Wurzeln ihrer Eigenart gefährden.

Baden.

(-) Karlsruhe, 13. Febr. Der Verfassungsausschuß der bad. Nationalversammlung beschloß, das Verhältniswahlsystem beizubehalten. Dagegen wurde die Bestimmung des Entwurfs, welche die gebundenen Listen beibehalten will, nicht übernommen. Die Einteilung des Landes in vier Wahlkreise der Landeskommissionariate soll bestehen bleiben. Jede Partei soll auf je 10.000 der für ihren Wahlvorschlag abgegebenen Stimmen und für einen Rest von mehr als 5.000 Stimmen je einen Abgeordneten erhalten.

Die Landtagsperiode soll künftig eine vierjährige sein (14 gegen 7 soz. Stimmen). Der Landtag soll alljährlich zusammentreten. Die Haushaltsperiode soll in der Regel eine einjährige sein, doch wurde auf demokratischen Antrag mit den Stimmen der Demokraten und Sozialdemokraten beschlossen, daß es zulässig sein soll, das Finanzgesetz auch für zwei Jahre vorzulegen.

(-) Mannheim, 13. Febr. Die Alliierten forderten die deutsche Regierung auf, gegen den Mannheimer Arbeiter- und Soldatenrat vorzugehen, da dieser zur Einfuhr in das besetzte Gebiet freigegebenes Leder zurückbehalte und es auch auf keinerlei Vorstellungen hin freigegeben habe. Es habe den Anschein, daß der Mannheimer Arbeiter- und Soldatenrat die Einfuhr in das besetzte Gebiet grundsätzlich zu verhindern trachte.

(-) Pahr, 13. Febr. Der Wohlfahrtsausschuß hat die Anpflanzung des Exerzierplatzes bei Huxweiler beschlossen. Von dem Gelände sollen 20 Hektar mit Kartoffeln angepflanzt werden.

(-) Freiburg, 13. Febr. Der bad. Frauenverein hat an das bad. Ministerium eine Eingabe gegen die Einfuhrung der Sommerzeit gerichtet.

(-) Pörrach, 13. Febr. Wie verlautet, ist damit zu rechnen, daß der Zugverkehr auf dem bad. Bahnhof in Basel nach allen Richtungen zwischen dem 15. und 20. Februar wieder aufgenommen werden kann.

Die Greuelpropaganda.

Die Entente entsandt wieder eine Greuelpropaganda, um die Verhaftung von deutschen Militärpersonen zu rechtfertigen. Wenn auch nicht geleugnet werden soll, daß während der Nennung des von den Deutschen besetzten Gebietes vereinzelt Unregelmäßigkeiten vorgekommen sind, so muß doch mit aller Entschiedenheit ausgesprochen werden, daß die Alliierten selbst die moralische Verantwortung dafür tragen. Sie haben auf den unmöglichen Bedingungen bestanden, trotz der zahlreichen deutschen Erklärungen und Hinweise auf die Folgen dieser Forderungen und können nachträglich, nachdem das Unglück geschehen ist, diese Proteste nicht einfach ignorieren. Deutscherseits wird den erhobenen Anschuldigungen mit aller Gründlichkeit nachge-

gangen. Es muß aber entschieden zurückgewiesen werden, daß die Entente auf Grund ihrer einseitigen Informationen und Untersuchungsergebnisse Verurteilungen vornimmt. Man kann nicht alles den deutschen Soldaten in die Schuhe schieben. Einwandfrei sind zahllose Fälle häßlichen Verhaltens der belgischen Zivilbevölkerung gegen die deutschen Soldaten festgestellt worden. Umfangreiches Material über die zahlreichen schamlosen Plünderungen durch belgische Zivilisten ist vorhanden. Der Vorwurf, daß die deutschen Offiziere die Uebertretungen der Mannschaften gebuldet hätten, ist völlig ungerechtfertigt. Es ist klar, daß in einem in überstürzter Eile zurückgehenden Heer, das sich obendrein noch in revolutionärem Zustande befindet, sich die Manneszucht lockert. Wenn trotzdem anscheinend noch verhältnismäßig wenig Fälle von Ausschreitungen vorgekommen sind, so ist dies ein Beweis dafür, daß die Offiziere sich alle Mühe geben, und auch viel erreichen.

Es darf ferner die Legende der harten Behandlung der belgischen Zivilbevölkerung nicht unwiderprochen bleiben. Die Belgier wissen sehr gut, daß die Behandlung, soweit die Kriegsnotwendigkeit es zuließ, gut war. Eine Verallgemeinerung einzelner Entgleisungen, die nicht bestritten werden sollen, ist bewußt unwahr und soll die Welt nach dem im Kriege bewährten System gegen uns aufheben. Endlich muß aber doch die Wahrheit durchbringen. Uebrigens haben die Belgier aller Ursache, ruhig zu sein. Man denke nur an die belagerten Greuel in Machen, die durch nichts zu entschuldigen sind.

Arbeitsmarktlage.

Die Lage des Arbeitsmarktes in Deutschland entwickelt sich trotz Zunahme der Arbeitslosigkeit, verursacht durch Arbeiterentlassungen auf Grund von Kohlen-, Rohstoffmangel und Transporterschwierigkeiten, etwas günstiger wie in den letzten Wochen. Die Gründe dafür liegen teils in der Zunahme von größeren Notstandsarbeiten, teils in der steigenden Bereitwilligkeit der Erwerbslosen zur Aufnahme von Arbeit, die ansehnlich ihres bisherigen Berufes liegen. Zwar zeigen die bisherigen Munitionsarbeiterinnen im allgemeinen wenig Neigung, ihre frühere Tätigkeit wieder aufzunehmen. Aber die Ausflüchtungsarbeit der antiken Stellen des Reichsdemobilisationsamts, der Gewerkschaften, Arbeitsnachweise und Presse trägt allmählich gute Früchte. Auch in Württemberg können Volksbildungsvereine, Organisationen der Jugendpflege und Jugendbildung, Bildungsausschüsse der Arbeiter-Organisationen, Fortbildungs- und Fachschulen diese Tätigkeit unterstützen.

Die größere Einstellung von städtischen Arbeitern auf dem Lande scheitert gewöhnlich noch an den hohen Anforderungen der städtischen Arbeiter, die Landwirte andererseits scheuen noch immer davor zurück, den Arbeitsnachweisen positive Angaben über Entlohnung, Verpflegung und Unterkunft zu machen. Es ist unzweifelhaft, daß die Löhne auf dem Lande einer Aufbesserung bedürfen und daß die Naturalentlohnung wieder eine größere Rolle spielen muß. Im städtischen und westlichen Deutschland verlangen die Landarbeiter durchgängig Mk. 5.— für Männer und Mk. 3.50 für Frauen bei 10stündiger Arbeitszeit, wozu noch die entsprechenden Naturalleistungen kommen. Wenn auch in Süddeutschland bisher noch kein so dringender Arbeitermangel auf dem Lande besteht, wie in Norddeutschland, so wird doch der Ausfall beim Beginn der Frühjahrseinstellung und erst recht in der Ernte bemerkbar werden, wenn die bisherigen Befragungen und die ausländischen Wanderarbeiter fehlen. Dabei müssen aber die wechselseitigen wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Stadt und Land in Vordergrund und Vorurteile haben wie drüber zurückgestellt werden. Und wenn sich städtische und ländliche Gemeinden auf den Standpunkt stellen, sie würden keine Notstandsarbeiten in Angriff nehmen, weil sie kein Vertrauen in die Staatsfinanzen haben, so bedeutet das eine gründliche Verfestigung der wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhänge zwischen Kommunen und Staat und eine Kurzsichtigkeit, welche sich bei einem wirtschaftlichen Zusammenbruch an der kleinsten Landgemeinde ebenso bitter rächen würde, wie an der Großstadt.

Schwarz-rot-gold.

Freies Volk im deutschen Lande
Heb' zum Himmel deinen Blick,
Denn es drückt dich nicht die Schande,
Drückt dich auch ein schwer Geschick.
Ehre allem deutschen Blute,
Das im großen Kriege rann!
Ehre allem deutschen Mute,
Der auf deutsche Siege sann!
Tapfer sind wir unterlegen,
Von der Uebermacht besiegt.
Wir zerbrachen unsern Regen,
Doch der Freiheit Fahne fliegt!
Deutscher Reichthum ging verloren,
Doch uns blieb der deutsche Geist,
Der was immer deutsche geboren,
Eisern aneinander schweißte.
Die ihr trachtet aus dem Bunde,
Der die deutsche Stämme eint,
Fahret wohl! Die Scheidestunde
Werde nie von Euch beweint.
Die ihr folgtet Habsburgs Fahnen
Bis der Doppeladler fiel,
Heil Euch! Lenket eure Bahnen
Zu der deutschen Einheit Ziel.
Und ihr draußen, Brüder alle,
Bleibt der deutschen Heimat treu,
Die nach heldenhaftem Falle
Aufficht wieder jung und neu!
Flehen auch die Fürstentronen,
Deutschen Volkes Stolz besteht,
Und, wo deutsche Stämme wohnen,
Schwarz-rot-gold die Fahne weht!
Otto Schwarz, Stuttgart

Das Gemeindefestgesetz.

Der Gemeindefestgesetzsausschuss der Landesversammlung hat in zwei Sitzungen die erste Beratung des Festgesetzes beendet. Der Charakter hat sich auf die Behandlung des Gesetzes übertragen. Wenn es auch nur ein Festgesetz ist, so wird es im eigenen Interesse notwendig sein, es gründlich durchzunehmen. Dr. Bötz von der D. d. P. hat denn auch mit Recht gefordert, das Gesetz bei der zweiten Lesung gründlicher zu beraten.

Bei der Behandlung des Wahlrechts hat die bürgerliche Mehrheit das aktive Wahlalter mit der bürgerlichen Mündigkeit zusammengesetzt. Die Frage des Wahlalters wird aber von der Nationalversammlung endgültig festgelegt, denn es ist ein Übel für die politischen Reichswahlen ein anderes Wahlalter zu haben, als für die Landes- und Gemeindefestwahlen. Interessant ist aber die Bemerkung eines Sozialdemokraten, ergebe die Nationalversammlung eine Mehrheit für das 21. Lebensjahr, so werde seine Partei sich für das Land auch nicht dagegen stemmen. Auch das Verlangen einer gewissen Wohndauer wird wohl dem Gesetz einverleibt werden. Am umstrittensten ist der Artikel 3 des Entwurfs. Die Aufhebung des Bürgerauschusses wird wohl nicht aufzuhalten sein. Die Bedenken dagegen, die namentlich aus den Stuttgarter Erfahrungen kommen, werden aber wohl an seiner Stelle irgend ein anderes kontrollierendes Organ schaffen, ob in Form eines Verwaltungsausschusses, wird sich erst zeigen. Auch die Frage des Akteneinsichtsrechts, das seit der Bürgerauschussreform hatte, wird hier geregelt werden müssen. Die Zahl der Gemeinderatsmitglieder wird überall eine Erhöhung erfahren gegenüber dem Entwurf; das wird den Bedürfnissen der Wähler entsprechen, während der Entwurf mehr vom Standpunkt der Verwaltung aus die Frage behandelte. Außer wahltechnischen Gründen, die aber nicht den Ausschlag geben dürfen, spricht vor allem die Verarmungsmöglichkeit der Kommissionen hierfür. Eine zu starke Erhöhung würde andererseits die Arbeitsfähigkeit des Kollegiums nur erschweren. Die Wahlen selbst werden wohl im Mai an einem Sonntag stattfinden. Sie werden bis zu den Gemeinden 2. Klasse herab nach dem Verhältniswahlverfahren stattfinden. Bei kleineren Gemeinden kommt das Recht der Minderheiten kaum mehr in Betracht, denn je kleiner die Gemeinde, umso weniger wird Partei oder Berufsstand gewählt, sondern vielmehr die Person. Wenn das Verbot des Panachierens wirklich durchgeht, so werden nicht bloß die Wähler darüber erfreut sein, auch im Interesse der politischen Reife ist es zu begrüßen. Das Nummernrecht genügt, um seinen Widerwillen gegen einen Kandidaten des Wettels auszudrücken. Die gebundenen Listen haben schon bei den politischen Wahlen große Mängel erwiesen, für Gemeindefestwahlen sind sie erst recht unannehmbar. Daß ferner alle 3 Jahre die Hälfte der Mitglieder neu gewählt werden soll, statt alle 2 Jahre ein Drittel, verbürgt eine größere Stetigkeit und schafft wahltechnisch eine bessere Möglichkeit von Sonderberücksichtigungen.

Das sind die Hauptpunkte, um die sich die Entscheidung dreht; die Behandlung des Festgesetzes hat bis jetzt schon gezeigt, daß mit Schlagworten nichts gelöst ist, eine Reihe von Fragen werden im Rahmen des Festgesetzes nicht zu ihrem Recht kommen, bei der definitiven Regelung der Gemeindeordnung werden sie aber gründlich vorzunehmen sein, wenn diese von dauerndem Nutzen sein soll.

Wohnungszuschüsse. Nach Mitteilungen des Reichskommissars für das Wohnungswesen wird die Aufwendung des Reichs für Zuschüsse zu Kleinwohnungsanlagen in Höhe von 100 Mill. Mark, die womöglich 200 Millionen erhöht werden sollen, von der neuen Regierung aufrechterhalten. Die Zuschüsse können aber nur solchen Gemeinden gewährt werden, wo ein dringendes Bedürfnis an kleinen Wohnungen vorhanden ist. Das Reich wird an den Zuschüssen vorwiegend die Hälfte übernehmen, während die Einzelstaaten von dem Rest zwei Drittel tragen und ein Drittel von den Gemeinden aufzubringen ist.

Anmeldung der beschlagnahmten Maschinen. Alle Inhaber von industriellen oder landwirtschaftlichen Betriebsmaschinen, die während des Kriegs in Frankreich und Belgien beschlagnahmt und nach Deutschland überführt worden sind, haben diese bis längstens 20. Februar bei der Reichsentschädigungskommission in Berlin W. 10, Viktoriastr. 34, Maschinenabteilung, anzumelden. Die geeigneten Meldelarten sind von dort sofort anzufordern.

Die Kriegsgesellschaften sollen, wie die „Deutsche Tageszeitung“ erfährt, auf den Friedensschluß, spätestens aber auf den 1. Oktober d. J. aufgehoben werden. Niemand wird sie vermissen.

Lieferung von Saatkartoffeln. Wie im vorigen Jahre, ist es auch in diesem Jahre innerhalb der vorgezeichneten Frist (15. 11. 18) nicht gelungen, die Eindeckung mit Saatkartoffeln in vollem Umfange durchzuführen. Der Staatssekretär des Reichsernährungsamts hat daher verordnet, daß bis 15. Februar 1919 erneut eine Frist zum Abschluß von Saatkartoffellieferungsverträgen eröffnet wird. Innerhalb dieser Frist können Saatkartoffeln an solche Personen, die sie selbst zur Ausfaat verwenden wollen, und an landwirtschaftliche Berufsvertretungen abgesetzt werden.

Der Tabakpreis. Bei einer in Illingen abgehaltenen Tabakpflanzerversammlung, die von Vertretern sämtlicher Gemeinden des Oberamtsbezirks Maulbronn, sowie aus den Bezirken Vaihingen und Bretten besucht war, wurde einstimmig beschlossen, den Tabak um den angebotenen Preis nicht abzugeben. Eine Kommission von drei Mitgliedern wird zu der deutschen Tabakhandelsgesellschaft entsendet, um eine Vereinbarung zu treffen. Boreerst wird kein Tabak mehr verworfen.

Mangel an Zement. Der Kohlenmangel macht sich auch im Baugewerbe unangenehm bemerkbar. Es fehlt an Zement; die Zementfabriken werden ihre Betriebe in wenigen Wochen schließen müssen, wenn die Kohlenlieferung nicht zunimmt.

Von der Winternöte. In der Nacht vom Montag auf Dienstag war die größte Kälte zu verzeichnen. Mancherorts sank das Thermometer auf 25 Grad Kälte. Im vorigen Jahre brachte und der Januar nur an zwei Tagen 13 und 14 Grad Kälte, im Februar hatten wir überhaupt nur an 17 Tagen Kältegrade zu verzeichnen; der kälteste Februartag 1918 hatte 9 Grad.

Vermischtes.

Pocken. Im Bezirk Buchen (Baden) sind einige Pockenfälle festgestellt. In Baden ist eine zweite Pocken-erkrankung eingetreten.

Von denen, die nicht aussterben. Im Dezem-

ber hat eine Zigeunerin eine Bäuerin in Eßlingen bei Ulm a. D. öfters besucht und ihr vorgemacht, sie sei durch eine Wallfahrt in ein fernes Land im Staube, Unglück im Stall zu bannen. Die Bäuerin ließ sich verleiten, der Betrügerin einen Reisevorschuss von 4500 Mk. für diesen Zweck zu geben. Das Wallfahrtsland muß sehr weit entfernt sein, denn bis jetzt hat sich die Zigeunerin nicht mehr sehen lassen.

Die „giftigen Gase“, die angeblich durch eine Söllemaschine in deutschen Eisenbahnwagen verursacht wurden und in dem Eisenbahnunfall bei Nanteuil Anlauf gaben, haben sich jetzt einfach aufgelöst. Die Untersuchung ergab, daß die Platten eines Phonographenapparats, die sich aus unbekannter Ursache entzündet hatten, den bekannten Geruch verbreiteten. Mit der Dege gegen den „deutschen Mordanschlag“ ist es also wieder nichts.

Die Menschenverluste Frankreichs durch den Krieg beziffert der Pariser „Temps“ auf 2 Millionen. Es sind in dieser Berechnung die Kriegsverluste mit 1,4 Millionen Toten und Vermissten und die Ausfälle an Männergeburten mit 600 000 veranschlagt. Im Jahre 1913 betrug der Geburtenüberschuss 17 366, im Jahre 1917 der Ausfall 269 838. Insgesamt betrug der Ueberschuss an Toten bei beiden Geschlechtern während der vier Kriegsjahre 883 160.



Reichspost Berlin-Weimar

(-) **Sigmaringen, 13. Febr.** (Aufgelöste Soldatenräte.) Laut Benachrichtigung des Generalkommandos des 14. Armeekorps sind die Soldatenräte in Sigmaringen und Hechingen mit Zustimmung des Landesoldatenrats aufgelöst worden.

Mutmaßliches Wetter.

Der Hochdruck löst sich vollends auf. Am Samstag und Sonntag ist Uebergang zu Tauwetter zu erwarten.

Schneemächtiges Ab Montag, den 17. Februar ds. Wts. verkehren an Werktagen die Züge Nr. 958 Wildbad ab 6.36 vorm., Pforzheim an 7.35 vorm. Nr. 968 Wildbad ab 11.10 vorm. Pforzheim an 11.50 Nr. 961 Pforzheim ab 8.05 vorm. Wild ab an 8.57 vorm. Die Züge Nr. 960 Wildbad ab 6.46 vorm. Nr. 966 Wildbad ab 10.08 vorm. Nr. 961 Wildbad an 8.48 vorm. fallen dafür an Werktagen ab.

Druck und Verlag der B. Hofmann'schen Buchdruckerei in Wildbad. Verantwortlich: G. Reinhardt daselbst

Kartoffel-Ausgabe.

Für die heimgekehrten Soldaten werden morgen **Sonntag** von 9-5 Uhr im neuen Schulhaus Kartoffel abgegeben. **Städt. Lebensmittelamt.**

Städt. Arbeitsamt Wildbad.

(Im Lebensmittelamt)
Kostenlose Stellenermittlung.

Für sofort oder später werden **Stellen** gesucht für

- a.) **Männlich:** Rouffente, Köche, Friseur, Maschinenbauer, Tagelöhner (Kriegsinvaliden)
- b.) **Weiblich:** Zimmermädchen (in Hotels oder Servierfräulein (Fremdenheim), Zigarettenmacherinnen, jüngere Hausmädchen, Pup.-Wach- u. Monatsfrauen.

Samstag, den 15. Februar

abends 7/8 Uhr findet

im **Gasthaus z. alten Linde**

eine **Versammlung**

statt. Die Mitglieder des Land- und Waldbarbeiterverbandes sind höchst dazu eingeladen.

Da wichtige Tagesfragen zur Sprache kommen, ist vollzähliges Erscheinen der Genossinnen und Genossen dringend notwendig.

Der Ausschuss der Sozialdemokratischen Partei. Der Ausschuss des Land- und Waldbarbeiterverbandes.

Gasthaus z. Krone in Höfen

Sonntag, den 16. Februar nachm. 3 Uhr

Tanzunterhaltung

wozu höflichst einladet

Georg Maß.



Schützen-Verein

Wildbad.

Sonntag, den 16. Februar von 2 Uhr ab

Uebungsschiessen

von 4 Uhr ab Ausziehen eines von einem Mitgliede gestifteten

Ehrenpreises

Das Schützenmeisteramt.



Lieder kranz Wildbad.

Morgen Samstag abend 8 Uhr

Singstunde

bei Mitglied Huh zum Jägerhäble.

Stimmbegabte Sänger sind freundlichst eingeladen.

Der Vorstand.



Turnverein Wildbad.

Samstag abend 8 Uhr

Singstunde

im Hotel Maish. Der Turnwart.

Kaulschuk

Stempel

empfiehlt G. P. Post.

Einen **Firmenschild** hat zu verkaufen **W. H. Schlüter.**

Tüchtiger zuverlässiger **Fuhrknecht** gesucht.

Wilhelm H. Hill.

6-10000 M.

sind anzusehen. Von wem sagt die Exped. [233

Jüngerer, fleißiges **Mädchen**

im Alter von 14-16 Jahren für kleinere Arbeiten Vormittags gesucht.

Drogerie Grundners Nachfolg. Inhaber **Gebr. Schmitz.**

Wildbad, den 14. Februar 1919.



Danksgiving.

Für die vielen Beweise herzlicher Liebe und Teilnahme, welche wir beim Hinscheiden unserer lieben Mutter, Groß- und Schwiegermutter, Schwester, Schwägerin und Tante

Karoline Großmann geb. Günther

Hausverwalterin der Herrnhilfe von allen Seiten erfahren durften, für die vielen Blumenpenden, für die zahlreiche Begleitung, für die trostreichen Worte des Herrn Geistlichen, für den erhebenden Gesang, sowie den Trägern sagen herzlichen Dank,

Die trauernden Hinterbliebenen.

Schuhhaus Wilhelm Treiber

gewährt so lange Vorrat auf **Kriegsstiefel mit Holzsohlen und Hausschuhe aus Papiergewebe 20 Prozent Rabatt gegen Bar.**

